

Schulterschluss für E-Services

[11.03.2019] Gemeinsam haben die Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie das Bundesumweltministerium Online-Verwaltungsservices für den Bereich Umwelt entwickelt. Die Prototypen konnten nun von Nutzern getestet werden.

Das rheinland-pfälzische Innenministerium entwickelt gemeinsam mit den Umweltministerien aus Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie dem Bundesumweltministerium Lösungen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) im Umweltbereich. Im Rahmen eines Digitalisierungslabors konnten Nutzer nun die realisierten Prototypen testen. Das Ergebnis fließe in die weitere fachliche Überarbeitung und Weiterentwicklung ein.

Die Kooperation bei der Umsetzung des OZG sieht der rheinland-pfälzische Umweltstaatssekretär Thomas Griese als große Chance: „Wir sind hier im Umweltbereich Vorreiter und zwar zugunsten von Betrieben, Verbänden und Bürgern, die digital und nutzerfreundlich einen Zugang zu Umweltdaten und Verwaltungsunterlagen erhalten werden. Das ist ein echter Beitrag zur Entbürokratisierung im Umweltschutz.“ „Die Zusammenarbeit zwischen Vertretern von Bund, Land und Kommunen sowie von der jeweiligen Leistung betroffenen Bürgern und Unternehmensvertretern ermöglicht es, Online-Lösungen im Schulterschluss zu entwickeln, die sich an den vorhandenen Bedürfnissen orientieren“, ergänzt Randolph Stich, Innenstaatssekretär des Bundeslandes.

Auch Schleswig-Holsteins Staatssekretär für Digitalisierung, Tobias Goldschmidt, erklärt: „Die Online-Angebote sollen nicht nur technisch funktionieren, sondern den Bürgerinnen und Bürgern vor allem leicht von der Hand gehen und Spaß machen.“ Nutzerfreundlichkeit sei das A und O. „Dafür stecken wir gemeinsam mit Rheinland-Pfalz die Köpfe zusammen und beziehen auch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ein.“

Wie die Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein weiter mitteilen, sollen die Ergebnisse im Bereich Umwelt sowie der 13 weiteren Themenfelder des OZG im April dieses Jahres in die weitere technische Umsetzung überführt und die ersten Web-Schnittstellen präsentiert werden. Mehrere Länder würden dann damit beginnen, die neuen digitalen Verwaltungsleistungen in die Praxis umzusetzen.

(bs)